

- 1.2.1 Baugewossenschaften und Gesellschaften für solche Gebäude / Wohnungen, die einem Belegungsrecht unterliegen,
 - 1.2.2 die Stuttgarter Wohnungs- und Städtebaugesellschaft (SWSG).
- 1.3** Mieter benötigen die Zustimmung des Eigentümers, der diese Richtlinien anerkennt.

- 2** **Förderfähige Wohnungen**
 - 2.1** Gefördert werden Maßnahmen an Gebäuden und Wohnungen in Stuttgart, die
 - 2.1.1 außerhalb von städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsgebieten liegen und
 - 2.1.2 mindestens seit 15 Jahren vor dem 31. Dezember des laufenden Jahres bezugsfertig sind und
 - 2.1.3 ausschließlich zu Wohnzwecken genutzt werden und
 - 2.1.4 noch mindestens 30 Jahre Wohnzwecken dienen werden.
- 2.2** Maßnahmen an Gebäuden und Wohnungen in städtebaulichen Sanierungs- und Entwicklungsgebieten werden nur ausnahmsweise gefördert, wenn vom Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung keine Sanierungsmittel zur Verfügung gestellt werden können.
- 2.3** Maßgebend für die Förderfähigkeit von Wohnungen ist die Nutzungsform nach der Sanierung. Entscheidend für die Förderfähigkeit der Wohnungen ist die Anzahl der Bewohnerhaushalte nach der Sanierung. Nicht entscheidend sind die jeweiligen eigentumsrechtlichen Gegebenheiten, baurechtlichen Genehmigungen bzw. steuerrechtlichen Bewertungen von einzelnen Wohnungen.

- 2.4** Ausnahmsweise wird auch die Schaffung von zusätzlichem Wohnraum im Sinne von § 4 Absatz 9 Landeswohnraumförderungsgesetz gefördert, sofern die zusätzliche Wohnfläche ein Drittel der bestehenden Wohnfläche im Gebäude nicht übersteigt.

- 3** **Förderfähige Maßnahmen**
 - 3.1** Energiesparmaßnahmen werden nur gefördert, wenn sie an dem gesamten Gebäude durchgeführt werden. Nicht förderfähig sind Energiesparmaßnahmen, die sich nur auf einzelne Wohnungen im Gebäude beziehen. Voraussetzungen für die Regelförderung
 - 3.2.1 Der bauliche Wärmeschutz muss soweit verbessert werden, dass er maximal 70 Prozent schlechter ist als der Wert des Referenzgebäudes nach EnEV 2009, Anlage 1, Tabelle 1. Zusätzliche Verbesserungen an der Heizungsanlage führen zu einer Erhöhung der Förderquote.
 - 3.2.2 Förderfähig sind umfassende Maßnahmekombinationen des Energie einsparenden Wärmeschutzes (Baustein 1) sowie der Energie einsparenden Anlagetechnik (Baustein 2) auf der Grundlage einer Energiediagnose (vgl. Nr. 4) sowie einer gutachterlichen Abnahme vor Ort nach Durchführung der Maßnahmen.
 - 3.2.3 Die Energiediagnose ist bei der Antragstellung vorzulegen; sie kann auch nachgereicht werden.
 - 3.2.4 Im Rahmen der Regelförderung mit Energiediagnose kann der Antragsteller zwischen mehreren Maßnahmekombinationen, so genannten Maßnahmepaketen, frei entscheiden.

- 3.2.5 Neue Wärmeerzeuger müssen den Anforderungen des Umweltzeichens „Blauer Engel“ genügen.
- 3.3** Voraussetzungen für die Pauschalförderung
 - 3.3.1 Gefördert werden wärmedämmende Einzelmaßnahmen (Baustein 3) auf der Grundlage eines Kostenvoranschlags (vgl. Nr. 3.3.2).
 - 3.3.2 Es sind Handwerker-Angebote vorzulegen, in denen versichert wird, dass die geforderten Mindeststandards eingehalten werden.
 - 3.3.3 Folgende Außengebäudebauteile sind unter Beachtung der genannten Mindeststandards förderfähig:

Fassade:

U-Wert maximal 0,20 W/m²K. Fensterlaibungen müssen eine Mindestdämmung von 2 cm erhalten (Wärmeleitgruppe 025).

Dach:

Flachdach: U-Wert bis max. 0,15 W/m²K.
Schrägdach: U-Wert bis max. 0,20 W/m²K.
Beim Dach ist auf die Luftdichtigkeit und geeignete dampfbremsende Schichten zu achten.

Fenster:

U-Wert des Fensters (Glas einschließlich Rahmen) bis maximal 0,85 W/m²K.
Das Fenster muss eine 3-Scheiben-Verglasung enthalten. Die Angabe des Wärmedurchgangskoeffizienten ist mit Berechnung nach DIN EN ISO 10077-1 für jede Fenstergröße durchzuführen und einzureichen.
Alternativ kann der Nachweise vereinfacht erfolgen, indem für die Verglasung ein maximaler U-Wert von 0,7 W/m²K und für den Rahmen ein maximaler U-Wert von 0,9 W/m²K anhand verbindlicher Herstellerangaben bestätigt wird. Ein thermisch getrennter Glasrandverbund muss eingebaut werden. Das Fenster muss dauerhaft luftdicht eingebaut werden.
- 3.4** Aufwendungen für Instandsetzungsmaßnahmen sind nur dann förderfähig, wenn sie zusammen mit den Energieeinsparungsmaßnahmen durchgeführt werden und notwendig sind, weil ohne sie der Energieeinsparungszweck nicht erreicht würde und die insoweit entstehenden Kosten vom Antragsteller nicht selbst getragen werden können. Die notwendigen Instandsetzungsmaßnahmen dürfen 40 Prozent der insgesamt förderfähigen Kosten nicht übersteigen.
- 3.5** Nicht förderfähig sind
 - 3.5.1 Vorhaben mit förderfähigem Aufwand von weniger als 5.000 Euro je Wohnung. Dies gilt nicht für die Pauschalförderung nach Nr. 5.4.2. Im Falle der Nr. 5.4.2, Bausteine 3a bzw. 3b beträgt der Mindestförderbetrag pro Antrag 500 Euro oder umgerechnet 63 m² Mindestbauteilfläche. Im Falle der Nr. 5.4.2, Baustein 3c beträgt der Mindestförderbetrag pro Antrag ebenfalls 500 Euro oder umgerechnet 25 m² Mindestfensterfläche.
 - 3.5.2 Maßnahmen, die vor der Antragstellung bereits begonnen oder durchgeführt worden sind;
 - 3.5.3 Maßnahmen, denen planungs- oder baurechtliche Belange entgegenstehen (vgl. auch Nr. 3.6);

- 3.5.4 Maßnahmen in Wohnungen, deren Wohnfläche größer als 150 m² ist. Für die angemessene Unterbringung eines Haushaltes mit mehr als 5 Personen erhöht sich die Wohnfläche um je 20 m² für die 6. und jede weitere Person. Entsprechend gilt dies auch für das Einfamilien- und Reihenhaus.
 - 3.5.5 Maßnahmen, die im Zusammenhang mit der Kündigung eines Mietverhältnisses durch den Vermieter stehen;
 - 3.5.6 Maßnahmen, in denen Tropenholz eingesetzt wird (zum Beispiel Fensterrahmen);
 - 3.5.7 Maßnahmen, in denen FCKW- und HFCKW-haltige Baumaterialien verwandt werden;
 - 3.5.8 Maßnahmen an gewerblich, beruflich oder ansonsten nicht zu Wohnzwecken genutzten Gebäuden und Gebäudeteilen;
 - 3.5.9 Maßnahmen, bei denen Strom zur Beheizung oder Warmwasserbereitung neu eingeführt wird.
- 3.6** Anforderungen des Denkmalschutzes oder der Stadtbildpflege müssen erfüllt werden. Für gegebenensfalls notwendige baurechtliche Genehmigungen ist der Antragsteller selbst verantwortlich. Dies gilt auch für Maßnahmen an Gebäuden im Gebiet einer Erhaltungssatzung für städtebauliche Gesamtanlagen, die einer vorherigen Genehmigung des Amtes für Stadtplanung und Stadterneuerung bedürfen.

- 4** **Energiediagnose**
 - 4.1** Die Energiediagnose ist ein vom Innenministerium des Landes Baden-Württemberg durch Forschungsgelder initiiertes und vom Technischen Überwachungsverein SÜD und seit 1999 auch vom Energieberatungszentrum Stuttgart e.V. in der Praxis umgesetztes Verfahren. Die Gutachterbüros gewährleisten eine qualifizierte branchen- und firmenunabhängige Beratung und Projektbetreuung.
 - 4.2** Im Zusammenhang mit der Antragstellung und Förderung nach Nr. 3.2 ist die Energiediagnose vom Antragsteller zu beauftragen bei:

Energieberatungszentrum Stuttgart e.V. (nachfolgend EBZ)
Gutenbergstraße 76
70176 Stuttgart
Telefon 0711 615 65 55 - 0
Fax 0711 615 65 55 - 11
E-Mail: info@ebz-stuttgart.de
Internet: www.ebz-stuttgart.de

oder

TÜV SÜD Industrie Service GmbH (nachfolgend TÜV)
Abteilung Gebäudetechnik
Gottlieb-Daimler-Straße 7
70774 Filderstadt
Telefon 0711 70 05 - 330
Fax 0711 70 05 - 779
E-Mail: eberhard.rothfuss@tuev-sued.de
Internet: www.tuev-sued.de

- 4.3** Die Kosten für die Energiediagnose sind vom Antragsteller zu bezahlen und sind ebenfalls förderfähig.
- 4.4** Kostenerstattungen von dritter Seite werden über die Gutachterbüros vermittelt.
- 5** **Förderfähiger Aufwand, Fördersätze**
 - 5.1** Förderfähig sind pro Wohnung einmalig und unabhängig von den Fördermaßnahmen maximal 21.000 Euro. Pro Gebäude/Verwaltungseinheit werden die maximal förderfähigen Kosten auf 420.000 Euro begrenzt. Maßgebend ist die Anzahl der förderfähigen Wohneinheiten (vgl. Nr. 2.3) nach der Sanierung.
 - 5.2** Eigenarbeit ist nicht förderfähig.
 - 5.3** Die Fördermittel werden in Form von verlorenen Zuschüssen ausgezahlt.

- 5.4** Fördersätze
 - 5.4.1 Die Höhe der Regelförderung ist abhängig vom Maß der erzielten Energieeinsparung und ergibt sich aus Tabelle 1.
 - 5.4.2 Die Höhe der Pauschalförderung ergibt sich aus Tabelle 2.
- 5.5** Im Falle der Realisierung in Bauabschnitten ist für die Höhe der städtischen Förderung, aufgrund von Folgeanträgen, die insgesamt erzielte Energieeinsparung (spezifischer Transmissionswärmeverlust und primärenergetische Anlagenaufwandszahl) maßgebend.
- 5.6** Auf die Förderung besteht kein Rechtsanspruch. Sie erfolgt nur im Rahmen der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel.

- 6** **Pflichten des Zuwendungsempfängers**
 - 6.1** Die Miete für die energetisch sanierte Wohnung darf gemäß den in §§ 559 bis 559b BGB genannten Sätzen um die städtischen Zuschüsse und die Instandsetzungskosten reduzierten Aufwendungen erhöht werden.
 - 6.2** Die durch Zuschüsse gedeckten Kosten sowie Aufwendungen, die auf Instandsetzungsmaßnahmen entfallen, dürfen nicht mieltwirksam werden.
 - 6.3** Der Vermieter hat dem Mieter Ort und Umfang der geplanten Maßnahmen spätestens drei Monate vor ihrer Durchführung schriftlich mitzuteilen und den Beginn und die voraussichtliche Dauer sowie die nach Durchführung der Maßnahme zu erwartende Mieterhöhung anzugeben und auf die Möglichkeit, gegebenenfalls Wohngeld beantragen zu können, hinzuweisen.
 - 6.4** Der Antragsteller hat sicherzustellen, dass Beauftragte der Stadt die zur Förderung beantragten Wohnungen betreten und Prüfungen durchführen können.
 - 6.5** Der Wohnungseigentümer hat sich zugleich für eventuelle Rechtsnachfolger zu verpflichten, die geförderten Wohnungen für einen Zeitraum von 15 Jahren ausschließlich für Wohnzwecke zu verwenden oder zur Verfügung zu stellen. Veräußert er vor Ablauf dieses Zeitraumes das geförderte Objekt an einen Dritten, so hat er auch diesem die nach dem Förderbescheid übernommenen Verpflichtungen zu übertragen. Sofern die Verpflichtungen des Förderbescheids während dieses Zeitraums von 15 Jahren (Subventions-

- zeitraum) nicht eingehalten werden, werden die Zuschüsse anteilig zurückgefordert (vgl. Nr. 7.5).

- 7** **Allgemeine Förderbestimmungen, Verfahren**
 - 7.1** Die Förderung ist vor Beginn der Maßnahmen beim Amt für Liegenschaften und Wohnen zu beantragen.
 - 7.2** Die Förderung wird vom Amt für Liegenschaften und Wohnen durch schriftlichen Bescheid festgesetzt.
 - 7.3** Das Amt für Liegenschaften und Wohnen behält sich bei der Pauschalförderung vor, Stichprobenüberprüfungen durch das EBZ oder den TÜV vor der Auszahlung vornehmen zu lassen. Die anfallenden Kosten werden von der Stadt übernommen.
 - 7.4** Auszahlung und Abrechnung
 - 7.4.1 Der Auszahlungsantrag für umfassende Maßnahmen mit Energiediagnose (Nr. 3.2) muss spätestens zwei Jahre nach der Bewilligung beim Amt für Liegenschaften und Wohnen eingereicht sein. Der Auszahlungsantrag für die pauschale Förderung von Einzelmaßnahmen (Nr. 3.3) muss spätestens ein Jahr nach der Bewilligung beim Amt für Liegenschaften und Wohnen eingereicht sein. Danach eingehende Auszahlungsanträge werden nicht mehr berücksichtigt.
 - 7.4.2 Im Falle der Regelförderung ist neben dem Auszahlungsantrag eine Abnahmebestätigung des Ausstellers der Energiediagnose beizufügen. Außerdem sind die Originalrechnungen und eine Kostenzusammenstellung beizufügen. Die Kostenaufstellung muss erkennen lassen, ob und gegebenenfalls in welcher Höhe sich die Gesamtkosten und die Kosten je Wohnung gegenüber den ursprünglichen Ansätzen verändert haben. Das Amt für Liegenschaften und Wohnen zahlt die Zuschüsse aus. Auf Wunsch können im Falle der Regelförderung aufgrund von Teilabnahmebestätigungen bis zu drei Ratenzahlungen erfolgen.
 - 7.4.3 Im Falle der Regelförderung werden bewilligte Zuschüsse entsprechend gekürzt, sofern die abgerechneten Kosten gegenüber der Kostenschätzung in der Energiediagnose unterschritten werden. Im Falle der Regelförderung werden die Zuschüsse im Sinne von Nr. 11.1.1 um 20 Prozent gekürzt, sofern Zuschüsse/Tilgungszuschüsse der KfW aus den CO₂-Gebäudesanierungsprogrammen Nr. 151 bzw. 152 bzw. 430 (oder den Nachfolgeprogrammen) in Anspruch genommen werden. Dies gilt auch für den Fall einer zukünftigen Gutschriftzusage
 - 7.4.4 Im Falle der Pauschalförderung ist in den Rechnungen zu bescheinigen, dass die geforderten Mindeststandards eingehalten wurden. Die bewilligten Zuschüsse werden entsprechend gekürzt, sofern die abgerechneten Quadratmeter-Rohbaumaße gegenüber dem Kostenvoranschlag unterschritten werden.
 - 7.4.5 Kostenüberschreitungen bei der Regelförderung oder erhöhte, abgerechnete Quadratmeter-Rohbaumaße in der Pauschalförderung führen nicht zu einer Erhöhung der Förderbeträge.
 - 7.5** Bei Verstoß gegen diese Richtlinien oder im Falle falscher Angaben kann der Förderbescheid widerrufen

- werden. Zu Unrecht ausgezahlte Beträge werden mit Wirkung der Aufhebung des Förderbescheides zur Rückzahlung fällig und sind von diesem Zeitpunkt an mit jährlich 5 Prozent über dem Basiszinssatz (§ 247 in Verbindung mit § 288 Absatz 1 BGB), mindestens jedoch mit jährlich 7,5 Prozent, zu verzinsen.
- 8** **Verbindung mit anderen Förderprogrammen**
 - 8.1** Zuschüsse aus Förderprogrammen zur Stadtsanierung und Stadtentwicklung sind vorrangig in Anspruch zu nehmen (vgl. Nr. 2.2). Eine Doppelförderung ist nicht möglich. Dies gilt auch für städtische Förderprogramme.
 - 8.2** Förderprogramme des Bundes (KfW) zur Energieeinsparung und Schadstoffreduzierung können mit der städtischen Förderung kumuliert werden. Im Falle der Kumulierung mit Zuschüssen/Tilgungszuschüssen aus den CO₂-Gebäudesanierungsprogrammen Nr. 151 bzw. 152 bzw. 430 (oder den Nachfolgeprogrammen) wird der städtische Zuschuss um 20 Prozent gekürzt.
 - 8.3** Förderdarlehen des Landes (L-Bank) können zusätzlich in Anspruch genommen werden.
- 9** **Ausnahmen**
 - 9.1** Ausnahmen sind zulässig, wenn dies im wohnungs- und energiewirtschaftlichen Interesse geboten ist. Dies gilt auch, falls aus Gründen des Denkmalschutzes oder aus gestalterischen oder konstruktiven Gründen die in diesen Richtlinien formulierten Mindestanforderungen nicht eingehalten werden können.
 - 9.2** Bei der Bewilligung von Zuschüssen bis zu 26.000 Euro entscheidet über Ausnahmen das Amt für Liegenschaften und Wohnen, bei darüber hinausgehenden Förderbeträgen das Referat Wirtschaft, Finanzen und Beteiligungen.
- 10** **In-Kraft-Treten**

Diese Richtlinien treten mit der Veröffentlichung im Amtsblatt in Kraft und gelten für alle Anträge, die nach diesem Zeitpunkt im Amt für Liegenschaften und Wohnen eingehen. Gleichzeitig treten die Förderrichtlinien vom 24. Mai 2007 außer Kraft.

Herausgeberin:
Landeshauptstadt Stuttgart, Amt für Liegenschaften und Wohnen in Verbindung mit der Abteilung Kommunikation (Team Öffentlichkeitsarbeit)
Stand: September 2010

11.1.1 Regelförderung¹⁾ (Tabelle 1)

Bausteine	Maßnahmen	Mindestanforderungen	Erläuterungen der Mindestanforderungen	Zuschüsse in Prozent der förderfähigen Kosten
1	Umfassende Wärmedämmungen insbesondere an <ul style="list-style-type: none"> - Fassaden - Dächern - Fenstern 	Spezifischer Transmissionswärmeverlust H_T zwischen maximal 170 % bis 80 % des Referenzgebäudes nach EnEV 2009, Anlage 1, Tabelle 1	Investitionen in den Wärmeschutz werden gefördert, wenn der spezifische Transmissionswärmeverlust H_T (entspricht einem mittleren U-Wert über sämtliche Außenbauteile eines Gebäudes) nach der Sanierung bei maximal 170% des Werts des Referenzgebäudes nach EnEV 2009, Anlage 1, Tabelle 1 (als 100% Wert) liegt. Der Fördersatz liegt dann bei 6%. Es gilt nicht der Tabellenwert nach EnEV 2009, Anlage 1, Tabelle 2. Aufschläge von 40% auf den Grenzwert nach § 9 Absatz 1 EnEV 2009 sind zulässig. Die Bewilligung erfolgt erst nach Vorlage einer Energiediagnose. Vor jeder Auszahlung ist eine Vor-Ort-Abnahme durch die Gutachterbüros EBZ oder TÜV notwendig.	6 % bis 16 %²⁾
2	Energieeffiziente Heizsysteme	Primärenergetische Anlagenaufwandszahl e_p zwischen maximal 1,5 bis 0,9	Die Aufwandszahl ist das Verhältnis aus Aufwand zu Nutzen bei der Wärmeerzeugung. Ein ineffizientes Heizsystem benötigt mehr Energie zur Bereitstellung derselben Wärme, als ein effizientes, es hat eine hohe Aufwandszahl. Berücksichtigt wird auch die vorgelagerte Energiekette (Gewinnung, Umwandlung, Verteilung der Energie). Wenn das Gebäude bereits mit Baustein 1 gefördert wird, dann ist es möglich, Investitionen in der Anlagentechnik mitfordern zu lassen und die gesamte Förderhöhe um bis zu 4% zu erhöhen. Solche Investitionen in ein energieeffizientes Heizsystem werden gefördert, wenn eine Aufwandszahl e_p von höchstens 1,5 erreicht wird, dann wird die Investition für die Heizungsanlage mit in die Förderung einbezogen und mit der durch den Wärmeschutz erzielten Förderhöhe mitgefördert. Bei Erreichen von $e_p=1,2$ beträgt der Zuschlag 4%. Zwischenwerte werden zwischen 0% und 4% linear interpoliert. Unterhalb von $e_p=1,5$ werden Heizanlagen nicht gefördert. Voraussetzung für die Förderung ist außerdem die Verbesserung der Aufwandszahl um mindestens 10% und eine Förderung nach Baustein 1. Des Weiteren wird vorausgesetzt, dass der Hauptwärmeerzeuger erneuert wird und als Zusatzanforderung eine thermische Solaranlage, eine Wärmepumpe oder ein Biomassewärmerezeuger entsprechend den technischen Vorgaben des EWärmeG Baden-Württemberg genutzt werden. Diese Zusatzanforderung kann auch durch entsprechende Bestandsanlagen erfüllt werden. Ersatzmaßnahmen nach EWärmeG Baden-Württemberg werden als Zusatzanforderung nicht anerkannt. Eine weitere Voraussetzung ist der hydraulische Abgleich. Der hydraulische Abgleich von Heizungssträngen dient zum Verteilen der Massenströme im Heizungssystem und ist somit die Voraussetzung für die Versorgung der Heizkörper mit der richtigen Heizwassermenge. Die Bewilligung erfolgt erst nach Vorlage einer Energiediagnose. Vor jeder Auszahlung ist eine Vor-Ort-Abnahme durch die Gutachterbüros EBZ oder TÜV notwendig.	Erhöhung des gesamten Fördersatzes um bis zu 4 %²⁾

Der rechnerisch ermittelte Zuschuss wird pauschal um 20% gekürzt, sofern gleichzeitig Zuschüsse/Tilgungszuschüsse der KfW aus den CO₂-Gebäudesanierungsprogrammen Nr. 151 bzw. 152 bzw. 430 (oder den Nachfolgeprogrammen) in Anspruch genommen werden.

11.1.2 Pauschalförderung¹⁾ (Tabelle 2)

Bausteine	Maßnahmen	Technische Mindestanforderungen	Zuschüsse	Mindestförderung pro Antrag
3a	Fassade ³⁾	Wärmedurchgangskoeffizient U-Wert bis maximal 0,20 W/m ² K ^{4) 5)}	8 Euro/m² Bauteilfläche	500 Euro⁶⁾
3b	Flachdach ³⁾ Steil- und Schrägdach ³⁾	Wärmedurchgangskoeffizient U-Wert bis maximal 0,15 W/m ² K ^{4) 5)} Wärmedurchgangskoeffizient U-Wert bis maximal 0,20 W/m ² K ^{4) 5)}	8 Euro/m² Bauteilfläche	
3c	Fenster ³⁾ (Glas einschl. Rahmen)	Wärmedurchgangskoeffizient U-Wert bis maximal 0,85 W/m ² K ⁴⁾	20 Euro/m² Fensterfläche	

1) Die kumulierte Förderung der Bausteine 1 bzw. 2 mit Baustein 3 ist ausgeschlossen.

2) Berechnete Zwischenwerte werden linear angepasst.

3) Die Förderung erfolgt nur über eine Sanierung der insgesamt vorhandenen Bauteilflächen.

4) Als förderfähige Fläche gilt das Quadratmeter-Rohbaumaß.

5) Mit der Antragstellung ist die U-Wert-Berechnung für das beantragte Bauteil im gedämmten Zustand vorzulegen.

6) Vor Auszahlung erfolgt eine Vor-Ort-Abnahme (Stichproben). Diese Überprüfung ist für den Zuwendungsempfänger kostenfrei und wird von den Gutachterbüros EBZ oder TÜV ausgeführt.

* Die in diesen verwendeten Bezeichnungen wie „Gebäudeeigentümer“ werden geschlechtsneutral verwendet. Dies erfolgt auch Gründen der Lesbarkeit und beinhaltet weder einen Förderausschluss noch eine Wertung.



STUTTGART

Energie und Geld sparen



Die Landeshauptstadt Stuttgart fördert auch in den Jahren 2010 und 2011 die energetische Sanierung von Wohngebäuden

Die Klimaveränderungen, die hohen Kohlendioxid-Emissionen und die immer knapper werden Ressourcen zwingen zu Maßnahmen der Energieeinsparung und Luftreinhaltung. Der Gemeinderat hat daher das kommunale Energiesparprogramm für Wohngebäude auch für die Jahre 2010 und 2011 verlängert und jährlich 2,3 Mio. Euro bereitgestellt. Das Förderprogramm ist ein konkreter Beitrag zum Klimaschutzkonzept der Stadt (KLIK) und soll vorhandene staatliche Finanzhilfen ergänzen. Förderfähig sind ausschließlich Sanierungen und Investitionen im Gebäudebestand, die eine deutliche Energieeinsparung bewirken und damit zur CO₂-Reduzierung beitragen.

Die Förderung für umfassende Energie einsparende Maßnahmen erfolgt durch Zuschüsse von bis zu 4.200 Euro je Einfamilienhaus bzw. je Wohnung. Voraussetzung ist eine Energiediagnose, die den Zustand des Gebäudes und der Heizungs- und Warmwasseranlagentechnik bewertet und Vorschläge für aufeinander abgestimmte Energieeinsparungen und deren Wirtschaftlichkeit aufzeigt. Diese produkt- und branchenunabhängige Energiediagnose führen das Energieberatungszentrum Stuttgart e.V. oder die TÜV SÜD Industrie Service GmbH durch.

Um einen Anreiz für besondere wirkungsvolle Maßnahmen zu schaffen, ist die Höhe der Förderung abhängig vom Grad der Energieeinsparungen. Die städtischen Zuschüsse betragen bis maximal 20 Prozent der förderfähigen Kosten.

Gebäudeeigentümer, die nur einzelne Maßnahmen durchführen, haben mit dem Programm weiterhin die Möglichkeit, die Wärmedämmung an Dach und/oder Fassade und/oder Fenstern - ohne Energiediagnose - mit einem pauschalierten Zuschuss von 8 Euro/m² Dach- bzw. Fassadendämmfläche gefördert zu bekommen. Für die Fenstererneuerung erhalten Sie einen pauschalierten Zuschuss von 20 Euro/m² Fensterfläche.

Weitere Informationen und die Förderanträge erhalten Sie beim:
Amt für Liegenschaften und Wohnen
Postanschrift Heustraße 1
70174 Stuttgart oder auf www.stuttgart.de/energiesparprogramm.

Die Ansprechpersonen der Wohnraumförderstelle erreichen Sie unter
Telefon: 0711 216-91372 und 0711 216-91374
Telefax: 0711 216-91494
E-Mail: energiesparprogramm@stuttgart.de

Die am 28. Juli 2010 beschlossenen Richtlinien haben folgenden Wortlaut:

Förderrichtlinien der Landeshauptstadt Stuttgart zur Energieeinsparung und Schadstoffreduzierung im Gebäudebestand

(Kommunales Energiesparprogramm)

1 Zuwendungsempfänger

1.1 Nach diesen Richtlinien können gefördert werden

1.1.1 natürliche Personen und Personengemeinschaften (private Gebäudeeigentümer * oder Mieter),

1.1.2 Baugenossenschaften und Gesellschaften für solche Gebäude / Wohnungen, die

keinem Belegungsrecht unterliegen. Voraussetzung für die Förderung ist, dass der Stadt Belegungsrechte, entweder unmittelbar im Förderobjekt oder mittelbar in anderen, nicht gebundenen Objekten auf die Dauer von 10 Jahren eingeräumt werden.

1.2 Nicht gefördert werden